

Mitgliederzeitung der **Interessengemeinschaft Betrugsofferhilfe*** **KRITISCH** * **UNABHÄNGIG** * **ÜBERPARTEILICH** ***Klartext****DEUTSCHLAND AM SCHEIDEWEG****Landtagswahl in NRW**

Es ist beinahe völlig egal, bei wem Sie Ihr **X** machen,
Sie wählen den Fortbestand der

Parteien – und Justizdiktatur**Wir werden nachstehend unsere These begründen.**

Zuvor weisen wir darauf hin, daß wir fairerweise den Politikern und Parteistellvertretern, die meinen, unsere Aussage wäre zu hart oder würde auf sie persönlich nicht zutreffen, Gelegenheit zu einem Dialog mit uns geben. Nehmen Sie Kontakt mit uns auf über info@betrugsofferhilfe.de

Was bedeuten denn Wahlen in diesem Lande für uns Bürger?

Zuerst einmal doch, daß wir regelmäßig unsere Stimme abgeben sollen – und dies im wahrsten Sinne des Wortes. Denn danach haben wir nach dem Willen der politischen Kaste gefälligst unsere Schnauze zu halten! Damit wir aber wenigstens wissen, warum wir „Bürger“ sind, wird alle Steuergeldverschwendung, Mißwirtschaft, Korruption - also alles, was in Politik und Behörden an Mist produziert wird – auf uns abgewälzt.

Wir Bürger bürgen nämlich für alles, was „unsere“ Volksvertreter für, oder besser: gegen, uns veranstalten.

Wer sich als Bürger mit demokratischen Mitteln dagegen wehrt, findet bei Politikern kaum Gehör – und noch weniger Unterstützung.

Deckt man Mißstände in Behörden auf, werden die Hinweise i.d.R. ignoriert. Dies gilt besonders auch für juristische Behörden. **Wir können Nachweise bringen für von Staatsanwälten praktizierte Beweisunterdrückung.** Jeder hat schon von richterlichen „Urteilen im Namen des Volkes“ gehört, die gegen den Willen oder zumindest das Rechtsempfinden der überwiegenden Mehrheit des Volkes gesprochen werden.

Die Justizministerin, **Roswitha Müller-Piepenkötter** (*das ist die, deren Mann, der ehemalige Stadtdirektor von Remscheid, seinen Platz unfreiwillig wegen räumen mußte*) wurde ausführlich und persönlich von uns und den Betrugsgeschädigten informiert. Geantwortet hat sie nie. Hat diese Frau ein gestörtes Rechtsbewußtsein oder ist sie gefangen im System? Außerdem haben die Betroffenen Akteneinsicht verlangt. Diese wurde von einer amtlichen Hilfskraft unrechtmäßig unter Hinweis auf den „Datenschutz“ verweigert.

Doch wer soll denn da wovor geschützt werden:

Die Täter und deren beamtete Helfer oder die Geschädigten vor sich selbst?

Der Vorgesetzte von Frau Müller-Piepenkötter, der Doktor jur. Jürgen Rüttgers, (*das ist der, der sich so gern „volksnah“ gibt*) wurde ebenfalls ausführlich informiert. Er hat mehrmals einem Geschädigten in die Hand versprochen, sich um seinen Fall zu kümmern. Geschehen ist nichts Hilfsreiches.

Wir wissen nun: Das Wort eines Ministerpräsidenten hat den gleichen Wert wie die Amtseidfloskel – nämlich keinen.

Interessant sind immer wieder zwei Dinge, die auffallen:

- 1. Die juristische und die politische Kaste decken sich gegenseitig, wo immer dies möglich ist.**
- 2. In der Politik sind überproportional Juristen vertreten.**

Trotzdem (*oder gerade deswegen?*) kommen immer wieder Gesetze in Umlauf, die fehlerhaft bis illegal sind. Wir Bürger müssen uns jedoch daran halten und die Schäden daraus selbst tragen. (siehe Umweltzonen, Staatsbankensponsoring, praktizierter Täterschutz vor Opferschutz etc.).

Wenn überhaupt eine Haftung zum Tragen kommt, dann ist es meistens die „Staatshaftung“.

Auch da wieder: Wir „Bürge(n)r“ haften für Fehler unfähiger, „idiotologisch“ durchgeknallter Staatsdiener.

Dies ist nur in einer Parteien – u. Justizdiktatur möglich.

Wir, das Volk, dürfen nicht länger alles wie die Lämmer über uns ergehen lassen.

Wann haften die Schadenverursacher endlich persönlich für ihr Tun und Lassen, wie in anderen Berufen auch?

Wer allerdings glaubt, mit anderen Parteien oder Personen würde sich etwas zum Positiven ändern, der irrt gewaltig!

Die Probleme liegen im Parteiensystem, dem sich die Mitglieder zu beugen haben, der Verzahnung von Politik und Justiz (die Justiz war schon immer die Hure der Politik), und die mangelnde persönliche Haftung bestimmter, vor allem staatlicher, Berufsgruppen.

Ein erster Schritt in die richtige Richtung wäre die Einrichtung einer/s ..